

„**Wohlstand für alle**“ betitelte Ludwig Erhard sein bekanntestes Buch. Erhard erklärt dort wie und warum er die alte konservative soziale Struktur überwinden wolle.

**„Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine dünne Oberschicht, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitative sehr breite Unterschicht mit unzureichender Kaufkraft gekennzeichnet.“**

so beschreibt Erhard die gesellschaftlichen Zustände vor Gründung der Bundesrepublik. Heute nähern wir uns wieder diesen alten Strukturen, eine kleine immer reicher werdende Oberschicht und eine zunehmend breitere Unterschicht mit unzureichenden Bildungschancen.

Die wichtige Mittelschicht wird immer geringer. Dies gefährdet unsere Demokratie. Wie ist es dazu gekommen? – Welche Gefährdung droht unserer Gesellschaft, wenn es nicht gelingt, den Trend umzukehren?

Es begann damit, dass in den neunziger Jahren alle gesellschaftlichen Schichten und Einrichtungen

dem absoluten Prinzip der Ökonomisierung unterworfen wurden. Werte wie Solidarität, Teilhabe aller am wachsenden Wohlstand wurden als vorgestrig verworfen. Die starken Schultern wurden entlastet und die Lasten wurden immer weiter auf die Schwachen

verschoben. Das setzt sich heute weiter fort!

Mit der Agenda 2010 wurde dieses Prinzip von der SPD zum Programm erhoben. Hartz-Gesetze und die Liberalisierung der Arbeitnehmerüberlassung führten direkt in die Verarmung

breiter Bevölkerungsschichten. Andererseits wurden steuerliche Erleichterungen für Banken und Großkonzerne (Veräußerungsgewinne) und neue Geschäftsmodelle für Banken

und Versicherungen (Riester-Rente) geschaffen.

In der Folge sanken die Löhne und Renten. Stammebelegschaften wurden durch Leiharbeiter

mit Niedrigstlöhnen ersetzt, Arbeitslose müssen jede Arbeit annehmen, sofern die Löhne nicht sittenwidrig sind (weniger als ein Drittel des Tariflohnes). Erhöhung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich für Beamte sowie Kürzung bzw. Streichung von Urlaub und

Weihnachtsgeld (Finanzminister Steinbrück in NRW). Nullrunden für Rentner, Riester und Nachhaltigkeitsfaktor sowie zusätzliche Belastungen aus der Beitragszahlung (Betriebsrenten

und Pflegeversicherung) führten zur Verarmung der Rentnerhaushalte.

Was muss sich ändern?

- ✓ Grundsicherung muss sofort dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden
- ✓ Differenzierung nach Erwachsenen- und Kinder-/Jugendlichenbedarf
- ✓ Keine Anrechnung von Alterssicherungsrücklagen
- ✓ Mindestlohn in angemessener Höhe
- ✓ Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor zum Mindestlohn (erspart Aufwendungen in der Grundsicherung)
- ✓ Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ändern (1. Alternative: Überlassung im selben Betrieb maximal für 3 Monate; 2. Alternative: gleicher Lohn wie Stammebelegschaft plus 15 Prozentzulage für Flexibilität – wie in Frankreich)
- ✓ Riesterfaktor für Renten ersatzlos streichen (Rentenabsenkung)
- ✓ Rente mit 67 überprüfen